

1. Unterbringung & Wohnraum

1.1 Welche Maßnahmen planen Sie, um geflüchtete Menschen dezentral und menschenwürdig unterzubringen?

1.2 Wie wollen Sie Übergänge aus Unterkünften in eigenen Wohnraum verbessern und Obdachlosigkeit verhindern?

1.3 Mit welchen Konzepten fördern Sie bezahlbaren Wohnraum, um Konkurrenz zwischen sozial benachteiligten Gruppen zu vermeiden?

Antwort:

Wir beantworten alle drei Fragen zusammen, da sie sich auf das Grundproblem des allgemein fehlenden, bezahlbaren Wohnraums beziehen.

In der Stadt Hannover gibt es 277.000 qm leer stehenden Büroraum, weitere ca. 50.000 qm im angrenzenden Umland der Region. Wir streben an, mit deren Eigentümer*innen in Verbindung zu treten, diese Flächen in Wohnraum umzuwandeln. Diese Nutzung wäre nachhaltig, da sie weder zu weiterer Flächenversiegelung führt noch zum Verbrauch grauer Energie.

2. Integrationsangebote & gesellschaftliche Teilhabe

2.1 Wie sichern Sie ausreichende Sprachkurseangebote, auch für Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus?

2.2 Wie unterstützen Sie ehrenamtliche Initiativen und Vereine in ihrer Integrationsarbeit?

2.3 Welche Maßnahmen planen Sie, um kulturelle und sportliche Teilhabe niedrigschwellig zu ermöglichen?

Antwort:

Wir beantworten alle drei Fragen gemeinsam, da sie sich prinzipiell mit dem Problem fehlender Teilhabemöglichkeiten beschäftigen:

Dies ist wohl nur mit der Bereitschaft, die dazu notwendigen finanziellen Mittel bereit zu stellen, zu beheben.

2.4 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Hannover die diskriminierende Bezahlkarte abschaffen und die Leistungen an alle Geflüchteten wieder über die Social Card ohne diskriminierende Beschränkungen auszahlen kann?

Antwort:

Wir waren bereits 2025 vor Einführung der Bezahlkarte Teil der Parteien, die eine Klage gegen die Einführung von Seiten der Stadt Hannover beantragt haben, was damals im Rat der Stadt Hannover abgelehnt wurde. Infolgedessen ist es selbstverständlich, dass mit entsprechenden Mehrheiten die Abschaffung der Bezahlkarte wieder auf unser Agenda steht.

2.5. Welche weiteren Maßnahmen planen Sie, um Geflüchteten den uneingeschränkten und barrierearmen Zugang zu ihren rechtmäßigen Leistungen zu ermöglichen (technischer Support, Beratung, Aufklärung über Leistungsansprüche...)

Antwort:

Wir setzen uns generell für die Auslage mehrsprachiger Informationen zu den Rechten von Geflüchteten, Asylbewerber:innen und Asylberechtigten ein. Auslage bezieht sich dabei sowohl auf physische wie digitale Angebote. Dies würde den personenintensiven Beratungsprozess reduzieren. Wo dann noch notwendig müssen die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

2.6. Welche Maßnahmen planen Sie, um den Wegfall der durch das BAMF geförderten Integrationskurse für Geflüchtete ohne Anspruch auf einen Integrationskurs zu kompensieren?

Antwort:

Auch hier sind ausschließlich finanzielle Mittel notwendig, um diese wichtige und nicht nachvollziehbare Aufgabe wieder zu gewährleisten.

3. Bildung & Kinderrechte

3.1 Wie gewährleisten Sie ausreichende Kita- und Schulplätze sowie Sprachförderung für geflüchtete Kinder?

Antwort:

Wir setzen uns für eine bedingungslose Bildung ein, die geflüchtete Kinder von Beginn an vollständig einbezieht. Um ausreichende Betreuungs- und Schulplätze sowie eine gezielte Sprachförderung zu gewährleisten, streben wir primär eine massive Aufstockung des Personals, die Aufhebung von Finanzierungsbarrieren und eine Reform des Bildungssystems. Moderne Bildung braucht Teamarbeit. Wir fordern die flächendeckende Einführung multiprofessioneller Teams an allen Schulen. Diese Teams bestehen aus Klassen- und Fachlehrende, Förderlehrpersonal, Sozial- und Sonderpädagog*innen, Schulpsycholog*innen, externen Therapeut*innen, Verwaltungslots*innen und Diversitätsbeauftragten. Nur so ist eine ganzheitliche und inklusive Bildung möglich, die individuelle Förderung, psychische Gesundheit und professionelle Unterstützung zusammenbringt. Regelmäßige Fortbildungen und Supervisionen sind für alle Teammitglieder verbindlich, um Qualität, Resilienz und Weiterentwicklung zu sichern.

3.2 Welche Schritte planen Sie zur Verbesserung der Übergänge zwischen Sprachlernklassen, Regelschulen und Ausbildungswegen?

Antwort:

Um Chancengleichheit zu erreichen, setzen wir uns für ein gemeinsames Lernen von Kindern mit verschiedenem sozialen Hintergrund ein. Den unterschiedlichen sozialen und kulturellen

Hintergründen der Lernenden soll mit Achtung begegnet werden. Mehrsprachigkeit ist ein Wert, den es zu fördern gilt. Wir begrüßen muttersprachlichen Unterricht zur Festigung der Muttersprache und zum leichteren Erwerb des Deutschen. Dies darf jedoch nicht mit Selektion der Lernenden in verschiedenen Klassen anhand von Sprache und Herkunft einhergehen. Der muttersprachliche Unterricht sollte bestehende Sprachfähigkeiten zertifizieren und somit als Qualifikation wertschätzen. Die Didaktik von „Deutsch als Zweitsprache“ soll stärker in die Lehrerbildung und die Fortbildungen eingehen. Ebenso braucht es die Förderung vom Lehrpersonal, um diese zu sensibilisieren. Dies hilft Kindern ohne Migrationshintergrund, Migranten zu respektieren, und Kindern mit Migrationshintergrund, sich die Lehrkräfte als Vorbild zu nehmen. Wir schlagen die Vergabe von Stipendien für Lehramtsstudentinnen und -studenten mit Migrationshintergrund vor, um diese zum Lehramtsstudium zu ermutigen und sie zu fördern. Lehrkräfte müssen in ihrer Aus- und Weiterbildung sensibilisiert werden, wie sich Selektionsmechanismen auswirken. Ihnen sollte beispielsweise vermittelt werden, wie sich ihre eigene Herkunft, Bildung und gesellschaftliche Positionierung unbeabsichtigt auf ihren Unterricht und ihre Leistungsbewertungen auswirkt.

3.3 Wie wollen Sie die Unterstützung für traumatisierte Kinder und Jugendliche im Bildungssystem stärken?

Antwort:

Schulen müssen sichere Orte sein – besonders für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung, belastenden Lebenssituationen oder traumatisierenden Erlebnissen. Wir PIRATEN setzen uns für die bundesweite Einführung sogenannter „Healing Classrooms“ ein, orientiert am Konzept des International Rescue Committee (IRC). Diese Räume bieten emotionale Sicherheit, stabile Beziehungen, verlässliche Strukturen und fördern gezielt Resilienz. Multiprofessionelle Teams übernehmen dabei eine

zentrale Rolle in der trauma-sensiblen Begleitung. Pädagog*innen müssen durch gezielte Fortbildungen befähigt werden, toxischen Stress zu erkennen und damit umzugehen. Bildung braucht Menschlichkeit – deshalb fordern wir ein striktes Abschiebeverbot für alle Lehrenden und Lernenden. Kein Kind darf durch Angst vor Abschiebung am Lernen gehindert werden.

3.4 Wie stellt Ihre Partei sicher, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) gem. SGB VIII aufgenommen, betreut und untergebracht werden?

Antwort:

Bildung darf nicht vom Wohnort abhängen. In vielen Städten führt Gentrifizierung zu wachsender sozialer und ethnischer Segregation – auch im Bildungssystem. Wir PIRATEN fordern deshalb aktive Maßnahmen gegen die Entstehung und Reproduktion von sog. „Brennpunktschulen“. Die freie Schulwahl muss unabhängig vom Wohnort möglich sein, insbesondere für Menschen aus benachteiligten Vierteln. Schulen in sozial herausgeforderten Stadtteilen benötigen gezielte bundesfinanzielle Förderung, zusätzliche Ressourcen und sozialraumorientierte Unterstützung. Inklusion- und Sozialprogramme müssen ausgebaut und langfristig abgesichert werden. Kulturelle Spaltung und finanzielle Spaltung sog. Klassismus sind kein Sonderthema, sondern ein zentrales Problem. Der Schulalltag muss so gestaltet sein, dass er finanzielle Barrieren abbaut und kulturelle Unterschiede als Stärke inklusiv begreift. Eine enge Zusammenarbeit mit Kommunen ist notwendig, um eine sozial gerechte Stadtentwicklung zu unterstützen, die Bildungsgerechtigkeit strukturell verankert – etwa durch durchmischte Orts- und Stadtteile, soziale Infrastruktur und wohnortnahe Bildungsangebote für alle. Ebenso fordern wir das die UN-Kinderrechtskonvention im Grundgesetz verankern was den Inhalt des SGBVIII noch mal untermauern würde.

3.5 Wie sichern Sie den Zugang zu unabhängiger Beratung für UMF?

Antwort:

Wir wollen Soziale Arbeit stärken und akademisch weiterentwickeln. Soziale Arbeit ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft – in Bildung, Gesundheit, Jugendhilfe, Inklusion und vielen weiteren Bereichen. Wir PIRATEN setzen uns für die systematische Aufwertung dieser Profession ein. Studiengänge für Soziale Arbeit müssen ausgebaut und qualitativ weiterentwickelt werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit zur Promotion und Professur, um Lehre und Forschung auf hohem Niveau zu ermöglichen. Die Arbeitsbedingungen von Sozialarbeiter*innen sind vielerorts prekär – wir fordern faire Bezahlung, Entlastung durch multiprofessionelle Teams, gesetzlich gesicherte Supervision sowie regelmäßige Fort- und Weiterbildungen. Die multiprofessionen Teams bestehen aus Klassen- und Fachlehrende, Förderlehrpersonal, Sozial- und Sonderpädagog*innen, Schulpsycholog*innen, externen Therapeut*innen, Verwaltungslots*innen und Diversitätsbeauftragten. Nur so ist eine ganzheitliche und inklusive Bildung möglich, die individuelle Förderung, psychische Gesundheit und professionelle Unterstützung zusammenbringt. Regelmäßige Fortbildungen und Supervisionen sind für alle Teammitglieder verbindlich, um Qualität, Resilienz und Weiterentwicklung zu sichern. Auch das Sozialgesetzbuch (SGB) muss reformiert und an aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen angepasst werden – insbesondere im Hinblick auf Migration, Diversität, psychische Gesundheit, Bildungsgerechtigkeit und Digitalisierung. Soziale Arbeit muss systematisch mit Bildungs-, Gesundheits- und Jugendhilfeeinrichtungen über föderale Grenzen hinaus vernetzt werden. Nur durch interdisziplinäre Zusammenarbeit und echte Anerkennung ihrer Rolle kann Soziale Arbeit ihr volles Potenzial entfalten.

3.6 Die Vormundschaftsrechtsreform verfolgt das Ziel der Förderung ehrenamtlicher Vormundschaften. Wie fördern Sie die Gewinnung, Qualifizierung und Begleitung von ehrenamtlichen Vormündern?

Antwort:

Hier können wir uns eine entsprechende Informationskampagne vorstellen.

4. Gesundheit & psychosoziale Versorgung

4.1 Wie stellen Sie sicher, dass alle Geflüchteten Zugang zur medizinischen Grundversorgung haben?

4.2 Wie unterstützen Sie psychosoziale Zentren und spezialisierte Beratungsstellen?

4.3 Welche Maßnahmen planen Sie, um Barrieren im Gesundheitssystem zu reduzieren (Einführung einer Gesundheitskarte, Dolmetscherdienste etc.) ?

Antwort:

Wir beantworten diese Fragen gemeinsam:

Das Problem hinsichtlich dieser Frage ist, dass für den Zugang zur medizinischen Versorgung Geflüchteter das Asylbewerberleistungsgesetz den Rahmen bildet. Insofern müssten dort die Regelungen dahingehend geändert werden, dass die sofortige Gleichstellung aller Geflüchteten (unabhängig vom Aufenthaltsstatus oder Aufenthaltsdauer) mit dem regulären Sozialleistungssystem (SGB II/XII) und der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erfolgt. Dies würde die 36-Monats-Wartezeit auf volle Leistungen beseitigen und Behandlungsscheine überflüssig machen.

Die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für alle Geflüchteten von Anfang an in allen Bundesländern wäre

dabei hilfreich. Dies ermöglicht direkten Zugang zu Ärzt:innen ohne vorherigen Behördengang und reduziert administrative Barrieren. Dies einschließlich Behandlung chronischer Erkrankungen, Psychotherapie, Rehabilitation, Vorsorge und Zahnersatz. Besonders betonen wir dabei psychosoziale und traumazentrierte Angebote (z. B. durch PSZ), da ein Drittel der Geflüchteten unter Traumafolgestörungen leidet, aber nur ein Bruchteil versorgt wird.

Notwendige Voraussetzung für die Inanspruchnahme ist die Abschaffung von Meldepflichten und Angstbarrieren: Keine Weitergabe von Daten an Ausländerbehörden bei Inanspruchnahme von Hilfe. Ausbau anonymer oder niedrigschwelliger Angebote für Menschen ohne Papiere. Übernahme von Sprachmittlungskosten als fester Bestandteil der Versorgung (gesetzlicher Anspruch) sowie kultursensible und antidiskriminierende Maßnahmen im Gesundheitssystem.

Unabdingbar sind eine bessere Finanzierung und Strukturen:

- Nachhaltige, bedarfsdeckende Finanzierung der Psychosozialen Zentren (PSZ) durch Bund und Länder (z. B. Aufstockung auf mindestens 27 Mio. € Bundesmittel).
- Frühe Unterbringung in Wohnungen statt Massenunterkünften, um Gesundheitsrisiken zu minimieren.
- Mehr Ressourcen für Prävention, Impfungen, Screening und Integration in die Regelversorgung.

Wo es in unserer Macht steht, werden wir uns für die Umsetzung dieser Notwendigkeiten einsetzen.

5. Arbeit & Ausbildung

5.1 Wie erleichtern Sie Geflüchteten den Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung?

5.2 Welche Kooperationen mit Wirtschaft, Handwerk und Jobcentern wollen Sie ausbauen?

Antwort:

Wir beantworten beide Fragen gemeinsam, da sie den selben Aktionskreis behandeln. So unterstützen wir jegliche Kooperationen, die auf schnelle Vermittlung, Qualifizierung, Anerkennung von Abschlüssen und betriebliche Integration abzielen, wie z. B. "NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge" sowie die diversen Instrumente, die von Seiten der Bundesanstalt für Arbeit ins Leben gerufen wurden.

5.3 Wie unterstützen Sie Maßnahmen zur Sicherung eines Bleiberechts durch Arbeit (z.B. Projekt "Wege ins Bleiberecht", proaktive Beratung?

Antwort:

Wir unterstützen entsprechende Fördermittelanträge, wenn diese an die Regionsammlung bzw. den Stadtrat und die Stadtbezirksräte gestellt werden oder bringen auf Anfrage derartige Anträge ein.

6. Verwaltung & Rechtsberatung

6.1 Wie verbessern Sie die Zugänglichkeit zu Beratungsangeboten (Asyl, Aufenthaltsrecht, Sozialleistungen, Wohnen)?

6.2 Welche Maßnahmen planen Sie zur transparenten und verständlichen Kommunikation der Verwaltung mit Geflüchteten?

Antwort:

Wir beantworten beide Fragen gemeinsam, da sie sich auf das selbe Themenfeld beziehen. So haben wir bereits einen Antrag auf

die Auslage mehrsprachiger Rechtshinweise im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsrecht gestellt, der aktuell noch im parlamentarischen Verfahren ist. Dies ist der Präzedenzfall für die Auslegung von Hinweisen in anderen Bereichen.

6.3 Wie stellen Sie ausreichende personelle Ressourcen in Ausländerbehörde und Sozialverwaltung sicher?

Antwort:

Dies ließe sich nur mit einer Erhöhung des Personalschlüssels möglich, wofür die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten.

7. Schutz vor Diskriminierung & Gewalt

7.1 Welche Strategien verfolgen Sie gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt in Hannover?

Antwort:

Wir streben an, das Bewusstsein für strukturellen und institutionellen Rassismus (z. B. bei Polizei und Bildung) zu schärfen, Alltagsrassismus zu thematisieren und UN-/EU-Standards einzufordern. Wir fördern aktiven Antirassismus, Sensibilisierung (inkl. Bezug auf Konzepte wie strukturellen Rassismus) und Solidarität mit betroffenen Communities (z. B. BIPoC).

Wir unterstützen Kampagnen, die Verständnis zwischen Kulturen fördern, Vorurteile abbauen und Zusammenhalt stärken – nicht nur am rechten Rand, sondern auch in der „Mitte“ der Gesellschaft. Sie setzen auf gesellschaftliche Isolation menschenfeindlicher Gruppen und Ausstiegsangebote.

Weiterhin fordern wir besserem Diskriminierungsschutz (z. B. explizite Aufnahme von Merkmalen ins Grundgesetz), unabhängigen Beschwerdestellen, Verbot von Racial Profiling und

Stärkung von Opferschutz/ Beratungsstellen gegen rechtliche Gewalt. Ablehnung diskriminierender Datensammlung (z. B. im Ausländerzentralregister).

Weiterhin setzen wir uns für die Stärkung von Medienkompetenz, Aufklärung und inklusiver Bildung, um Vorurteile abzubauen und Resilienz gegen Hassideologien zu schaffen.

Alltäglich beteiligen wir uns an Aktionen gegen Rassismus (z. B. Internationaler Tag gegen Rassismus), Solidaritätsbekundungen und lehnen die Kooperation mit extremen Gruppen ab.

7.2 Wie stärken Sie Schutzkonzepte für besonders vulnerable Gruppen in Unterkünften?

Antwort:

Grundbedingung für Unterkünfte für geflüchtete Menschen muss die Sicherstellung der Beratung, medizinische Versorgung und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeit sein. Besonders vulnerablen Personen (z. B. Traumatisierte, LGBTQ+, Frauen mit Gewalterfahrung) müssen entsprechend betreut werden.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen in Unterkünften, Vermeidung von Überbelegung, Übergang zu privatem Wohnraum oder kleineren, dezentralen Einrichtungen sind unsere zentralen Forderungen. Schnelle Integration durch Arbeitserlaubnis, Bildung und soziale Sicherung (keine Gutscheine statt Bargeld) sind eine Grundbedingung für Integration und Teilhabe.

7.3 Welche Maßnahmen planen Sie, um die negativen Folgen der Einführung einer “Bezahlkarte” für Asylsuchende zu kompensieren?

Antwort:

Wir fordern die Beendigung des Bezahlkartensystems und wenden uns gegen Bestrebungen, zivile Organisationsformen, die Bezahlkarten gegen Bargeld umtauschen, zu beschneiden.

8. Qualität der Unterkünfte & Quartiersarbeit

8.1 Wie sichern Sie verlässliche sozialarbeiterische Betreuung in allen Unterkünften?

Antwort:

Dies ließe sich nur mit einer Erhöhung des Personalschlüssels möglich, wofür die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten.

8.2 Welche Pläne haben Sie, um die Qualität der Unterkünfte (Ausstattung, Privatsphäre, Internet, Freizeit) zu verbessern?

Antwort:

Einmal mehr müssen die dazu notwendigen finanziellen Mittel sowohl für Ausstattung wie auch Betreuung zur Verfügung gestellt werden.

8.3 Wie wollen Sie das Miteinander zwischen Unterkünften und Nachbarschaften fördern?

Antwort:

Das Zusammenleben von Nachbarschaften und die Bewohner:innen von Unterkünften lässt sich am ehesten durch Aufklärung und gegenseitige Begegnung vorteilhaft für alle Beteiligten gestalten. Wir unterstützen Willkommensinitiativen und oftmals außerstaatliche Betreibende der Unterkünfte.

9. Beteiligung & Dialog

9.1 Wie binden Sie Geflüchtete in kommunale Entscheidungsprozesse ein?

Antwort:

Denkbar ist die Einführung entsprechender Beiräte. Die Landeshauptstadt Hannover hat auch zu diesem Zweck Integrationsbeiräte eingerichtet. Würden diese automatisch über Anträge aus Verwaltung und Politik informiert, die den damit verbundenen Personenkreis einbindet.

9.2 Wie gewährleisten Sie Transparenz in Bezug auf neue Unterkünfte oder integrationspolitische Maßnahmen?

Antwort:

Wir fordern eine Informations- und Transparenzfreiheitssatzung, um auch solche Punkte transparent zu machen.

9.3 Wie unterstützen Sie zivilgesellschaftliche Netzwerke wie den Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte?

Antwort:

In den hannoverschen Stadtbezirken, in denen wir vertreten sind, unterstützen wir entsprechende Förderanträge.

10. Stadt der Zuflucht

10.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Hannover eine Schiffspatenschaft mit einem Schiff einer zivilen Seenotrettungsorganisation eingeht?

Antwort:

Ja, das haben wir bereits getan. Schon 2024 hat unser Ratsherr Bruno Adam Wolf einen entsprechenden Antrag in den Rat eingebracht, der leider nicht die ausreichende politische Mehrheit gefunden hat.

10.2 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Hannover dem Bündnis "Städte sicherer Häfen" beitrifft?

Antwort:

Ja, auch weiterhin. Denn bereits am 23.05.24 waren wir an einem entsprechenden Antrag beteiligt, der leider nicht die ausreichende politische Mehrheit erreichte. Dabei wäre es folgerichtig, nachdem wir bereits 2018 die Erklärung von Hannover als Sicherem Hafen initiiert haben.